

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVII 4–2011

Internet und Demokratie

Schwerpunktredaktion: Frederik Holst, Wolfram Schaffar

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 FREDERIK HOLST, WOLFRAM SCHAFFAR
Internet und Demokratie
- 9 THOMAS KERN, SANG-HUI NAM
Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und neue Kommunikations-
technologien in Südkorea, Taiwan, den Philippinen und Thailand
- 30 CHRISTOPH AMTHOR
Virtuelle Heimat und reale Chancen:
Online-Mediennutzung der birmanischen Diaspora
- 49 WOLFRAM SCHAFFAR
Der Staat im Internet:
Nutzung und Kontrolle des Internets in Singapur
- 72 EVA EICHENAUER
Alternative Realitäten im Internet: Eine vergleichende Analyse
malaysischer Print- und Onlinemedien
- 92 FREDERIK HOLST
Cyberspace – A Better Place?
Ethnicization in Malaysia's Online Media
- 114 WALTER SCHICHO, INGEBORG GRAU
Irmir Maral-Hanak (1967–2011)
- 117 Rezension
- 119 Schwerpunktredakteure und AutorInnen
- 122 Impressum

THOMAS KERN, SANG-HUI NAM

**Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und
neue Kommunikationstechnologien
in Südkorea, Taiwan, den Philippinen und Thailand**

I. Einführung

Seit zwei Jahrzehnten beschäftigt sich eine wachsende Zahl von Studien mit der Frage, wie sich die Ausbreitung neuer Kommunikationstechnologien (NKT) – vor allem Mobiltelefonie und Internet – auf den demokratischen Wandel von Gesellschaften auswirkt. In Anlehnung an Habermas (1990) und Putnam (1994) wird oft angenommen, dass die NKT den öffentlichen Raum erweitern: Es entstehen neue Formen der Assoziation und Partizipation, die sich auf die Entwicklung der Demokratie positiv auswirken können. In diesem Sinne eröffnen sich mit den NKT vollkommen neue Handlungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche AkteurInnen (Tapia/Ortiz 2010). Dennoch ist die Technologie allein weder Voraussetzung noch Garant für eine pro-demokratische Entwicklung (Best/Wade 2005, 2009; Groshek 2009; Morozov 2011). Sie ist vielmehr eingebettet in einen komplexen politischen, kulturellen und sozialen Rahmen, der die Chancen und Grenzen neuer Technologien maßgeblich prägt.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die folgende Untersuchung mit der Wirkung der NKT auf die Struktur öffentlicher Räume und den Verlauf zivilgesellschaftlicher Mobilisierungsprozesse am Beispiel der Länder Südkorea, Taiwan, Philippinen und Thailand. Diese vier ostasiatischen Staaten bieten sich vor allem aus zwei Gründen für eine solche Analyse an: Erstens wurden sie fast gleichzeitig – zwischen 1987 und 1992 – von der sogenannten dritten Welle der Demokratisierung erfasst. Das heißt: Trotz aller politischen, ökonomischen und kulturellen Unterschiede ist ihr Ausgangspunkt ähnlich. Zweitens verfügen sie über eine sehr unterschiedliche Infrastruktur mit Blick

auf die NKT: Während Südkorea und Taiwan beim Ausbau des Internets weltweit eine Führungsrolle einnehmen, hat sich auf den Philippinen und in Thailand anfänglich nur das Mobiltelefon durchgesetzt.

Die folgende Studie gliedert sich in zwei Teile: Im ersten Teil werden die theoretischen Zusammenhänge zwischen politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen, Medienlandschaft und zivilgesellschaftlichem Handeln diskutiert. Auf dieser Grundlage werden im zweiten Teil die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ausgewählten vier Fälle herausgearbeitet.

2. Öffentlichkeit, Massenmedien und Demokratie

In modernen demokratischen Gesellschaften sind die Strukturen öffentlicher Räume hauptsächlich von drei institutionellen Feldern geprägt (Alexander 2006): Medien, Politik und Recht. Während die Medien die kommunikativen Rahmenbedingungen öffentlicher Räume strukturieren, leistet das politische System die Übersetzung zivilgesellschaftlicher Diskurse in kollektiv verbindliche Entscheidungen, während das Rechtssystem den öffentlichen Raum vor staatlichen Übergriffen schützt. Die Zugänglichkeit öffentlicher Räume gilt dabei als ein wesentlicher Gradmesser für die Qualität einer Demokratie (Habermas 1990; Alexander 2006): Unter „idealen“ Bedingungen sollten möglichst alle Gesellschaftsmitglieder zumindest im Prinzip die Möglichkeit haben, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Für das Funktionieren der öffentlichen Sphäre sind relativ unabhängige politische Institutionen und rechtsstaatliche Verhältnisse somit unabdingbar. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, dass der öffentliche Raum erst mit der Demokratisierung entsteht, da in autoritären Gesellschaften ebenfalls öffentliche Diskussionen stattfinden.

Der Übergang zur Demokratie stellt jedoch einen qualitativen Sprung dar, weil mit dem politischen Systemwechsel normalerweise die Zugangsmöglichkeiten zur Öffentlichkeit beträchtlich erweitert werden. Dies geschieht in der Regel mit der Festschreibung des Gleichheitsgrundsatzes, der Menschenrechte und der Kommunikationsfreiheit in der Verfassung: Mit Hilfe des *Gleichheitsgrundsatzes* werden Rang- und Prestigeansprüche partikularer Gruppen gegenüber dem Staat neutralisiert und „unmittelbare, partikulare, persönliche Verflechtungen an der Grenze zwischen Staatsbürokratie“

(Luhmann 1974: 178) und Bevölkerung unterbunden. Auf diese Weise wird verhindert, dass einzelne Gruppen den Staat als Machtinstrument unter ihre Kontrolle bringen. Im Gegenzug sorgen *Menschenrechte* und *Kommunikationsfreiheit* (Glaubens-, Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit etc.) dafür, dass sich individuelle und kollektive Handlungen nicht fortwährend an den Zwängen der Staatsbürokratie ausrichten müssen und sichern auf diese Weise die Kapazität zur Selbstorganisation auf der Seite der Bürger (ebd.: 79).

In der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Indikatoren entwickelt, auf deren Grundlage sich die konkreten Ausprägungen politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen in verschiedenen Ländern miteinander vergleichen lassen. Diese Indikatoren stützen sich zum großen Teil auf Expertenbefragungen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über einige Maßzahlen, die für den Argumentationszusammenhang dieser Studie relevant sind: Der erste Block verweist auf die Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes durch unabhängige politische und rechtliche Institutionen: Die *politischen Rechte* bringen das Ausmaß der Teilhabe aller Bürger an politischen Entscheidungsprozessen zum Ausdruck. Die *Rechtsstaatlichkeit* bezieht sich auf die legalen Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen notfalls auch gegen den Staat durchzusetzen. Im Zentrum der *Korruptionswahrnehmung* steht die illegale Beeinflussbarkeit politischer und rechtlicher Institutionen zugunsten partikularer Interessen. Dieser Indikator bezieht sich zwar nur auf die soziale Wahrnehmung von Korruption, ist aber gerade deshalb besonders relevant für zivilgesellschaftliches Handeln (Chang/Chu 2006).

Der zweite Block umfasst Indikatoren, die im weitesten Sinne den Schutz der Menschenwürde, der körperlichen Unversehrtheit und der Kommunikationsfreiheit zum Gegenstand haben: Die *politische Stabilität* bezieht sich auf die (von Experten) wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, dass eine Regierung durch nicht verfassungsgemäße Mittel – etwa im Rahmen eines Militärputschs, bewaffneten Aufstands, ethnischen Konflikts oder Bürgerkriegs – gestürzt wird. Dabei kommt es oft zu Gewaltausbrüchen, unter denen die Zivilbevölkerung besonders zu leiden hat. Die *zivilen Freiheiten* verweisen auf den Zustand der Meinungs-, Versammlungs-, Bildungs- und Religionsfreiheit in einem Land. Die *Pressefreiheit* hat schließlich das Ausmaß an Kommunikationsfreiheit zum Gegenstand, insbesondere die Unabhängigkeit der Medien.

Tabelle 1: Indikatoren für das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft *

Index	Südkorea	Taiwan	Philippinen	Thailand
	Unabhängigkeit der Politik und des Rechts (Gleichheitsgrundsatz)			
Politische Rechte <i>Freedom House 2010</i> 1 = höchste, 7 = niedrigste	1 (2)	1 (2)	4 (1)	5 (2)
Rechtsstaatlichkeit <i>World Bank 2008</i> +2,5 = höchste, -2,5 = niedrigste	0,79 (0,74)	0,77 (0,86)	-0,49 (-0,54)	-0,03 (0,45)
Korruptions- wahrnehmung <i>Transparency International 2010</i> 10 = transparent, 0 = korrupt	5,4 (4,0)	5,8 (5,5)	2,4 (2,8)	3,5 (3,2)
	Schutz der Menschenwürde und der Kommunikationsfreiheit			
Politische Stabilität <i>World Bank 2008</i> +2,5 = höchste, -2,5 = niedrigste	0,41 (0,40)	0,72 (0,56)	-1,41 (-0,77)	-1,19 (0,12)
Zivile Freiheiten <i>Freedom House 2010</i> 1 = höchste, 7 = niedrigste	2 (3)	2 (2)	3 (3)	4 (2)
Pressefreiheit <i>Freedom House 2010</i> 100 = höchste, 1 = niedrigste	30 (29)	24 (30)	48 (22)	58 (27)

* Die Werte in den Klammern beziehen sich auf das Jahr 2000.

Quelle: DataGov (o.J.)

Wie ein Blick auf Tabelle 1 zeigt, sind die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Struktur öffentlicher Räume in Ostasien sehr unterschiedlich. Insbesondere zwischen Südkorea und Taiwan auf einer Seite sowie den Philippinen und Thailand auf der anderen Seite verläuft ein tiefer Graben. Während die Werte der beiden ersten Staaten verglichen mit dem Jahr 2000 in fast allen Kategorien auf eine zunehmende Festigung demokratischer Institutionen hinweisen, verläuft der Trend in Thailand und auf den Philippinen in die entgegengesetzte Richtung. Es scheint somit, dass beide Gruppen immer stärker auseinanderdriften.

Mit Blick auf die NKT wird an diesem Punkt deutlich, dass ihre Wirkung auf den öffentlichen Raum in hohem Maße durch spezifisch rechtliche und politische Rahmenbedingungen strukturiert wird, die von Land zu Land sehr unterschiedlich sind. Von einer unabhängigen „demokratischen“ Qualität der NKT kann daher kaum die Rede sein. Die Kommunikationsmöglichkeiten hängen aber nicht allein von institutionellen Rahmenbedingungen ab. Soweit öffentliche Kommunikation in modernen Gesellschaften größtenteils massenmedial vermittelt ist, sind die technischen und sozialen Zugangsmöglichkeiten für die tatsächliche Verwirklichung der Meinungs- und Pressefreiheit zentral. Diese werden im Wesentlichen durch drei Komponenten strukturiert (Lessig 1999; Best/Wade 2007):

Die *technische Infrastruktur* bestimmt den Horizont an Kommunikationsmöglichkeiten, der den Gesellschaftsmitgliedern offen steht. Insbesondere mit dem Breitbandinternet haben sich in den letzten Jahren in vielen Ländern die Handlungs- und Koordinationsmöglichkeiten der breiten Bevölkerung im Vergleich zu konventionellen Print- oder Funktechnologien deutlich erweitert, während zugleich die Kosten gesunken sind.

Der Staat übt durch die *Mediengesetzgebung* einen großen Einfluss auf die Strukturen der Medienlandschaft aus. Gerade staatliche AkteurInnen sind immer wieder versucht, ihren Einfluss auf die Medienlandschaft etwa durch Zensur, Verfahren zur Lizenzvergabe, Verteilung von Ressourcen oder andere Formen der Kontrolle zu vergrößern (Kern/Nam 2011).

Die Konzentration der *Besitzverhältnisse* auf dem Medienmarkt entscheidet über den Grad der Pluralität in den Massenmedien. Konzentrationsprozesse können auf Dauer zu einer Gefahr für die Unabhängigkeit des öffentlichen Raums werden. Insbesondere die mangelnde Trennung

zwischen redaktionellen Entscheidungen und dem Marketing kann für die öffentliche Meinungsbildung zum Problem werden.

Mit dem Wandel der Medienlandschaft eröffnen sich immer neue Chancen und Risiken der sozialen Koordination, von denen gerade zivilgesellschaftliche Gruppen und soziale Bewegungen betroffen sind. Zahlreiche NGOs haben in den vergangenen Jahren die Ausbreitung der NKT beispielsweise genutzt, um neue Informations- und Kommunikationsplattformen aufzubauen. Das Spektrum umfasst neue Publikationsformen, Diskussionsforen und Kampagnenformate, durch die sich die Vielfalt des öffentlichen Diskurses beträchtlich vergrößerte.

Tabelle 2: Überblick über den Zugang zu NKT zwischen 2000 und 2009 (pro 100 EinwohnerInnen)

NKT	Südkorea		Taiwan		Philippinen		Thailand	
	2000	2009	2000	2009	2000	2009	2000	2009
Telefon-Festanschlüsse	55,7	53,7	56,8	63,2	3,9	7,4	9,0	10,6
Mobiltelefonanschlüsse	57,8	100,7	80,2	116,7	8,3	100,3	4,9	97,3
Geschätzte Internetnutzer	44,7	81,6	28,1	69,9	2,0	9,0	3,7	25,8
Internetfestanschlüsse	11,0	33,8	20,8	24,5	0,5	3,9	1,0	3,4
Breitbandfestanschlüsse	8,3	34,8	1,0	21,4	0,0	1,9	0,0	1,5
Mobile Breitbandanschl.	0,0	83,6	0,0	61,5	0,0	10,2	0,0	2,0

Quelle: ITU (o.J.)

In diesem Sinne haben sich die Gelegenheitsstrukturen für zivilgesellschaftliches Handeln und die Bildung öffentlicher Räume gerade in Ostasien beträchtlich verändert (vgl. Tabelle 2): Während sich in Südkorea und Taiwan Internet- und Mobiltelefonanschlüsse massiv ausgebreitet

haben, beschränkt sich die technische Revolution auf den Philippinen und in Thailand fast ausschließlich auf Mobiltelefone. An dieser Stelle wird die digitale Spaltung zwischen den Philippinen und Thailand einerseits sowie Südkorea und Taiwan andererseits offensichtlich. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass sich auch die öffentlichen Räume in den betroffenen Ländern sehr unterschiedlich entwickelt haben. Dieser Aspekt steht im Mittelpunkt des folgenden Teils.

3. Wandel öffentlicher Räume in Ostasien

3.1 Südkorea

In Südkorea ist das Verhältnis zwischen dem politischen Zentrum und der Zivilgesellschaft bis heute durch eine Mischung aus starker Autonomie und Konflikten charakterisiert. Im Juni 1987 setzten zivilgesellschaftliche AkteurInnen mit Massenprotesten einen Schlusspunkt unter nahezu drei Jahrzehnte repressiver Militärdiktatur, an denen sich Angehörige aus allen sozialen Schichten beteiligten (Kern 2005). Obgleich die Konsolidierung der Demokratie in den folgenden Jahren mit beachtlichen Schritten vorankam, hat sich an der gespannten Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft bis heute nichts geändert. Immer wieder wird das Land von Protestwellen überrollt, die mitunter zu weitreichenden politischen Veränderungen führen. In diesem sozialen Umfeld entfalteten die NKT einen starken Einfluss auf den Wandel öffentlicher Räume.

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Bedingungen für zivilgesellschaftliche AkteurInnen – gemessen an den Indikatoren (vgl. Tabelle 1) – größtenteils deutlich verbessert. In den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und politische Stabilität liegt Südkorea seit Jahren regelmäßig über dem Weltdurchschnitt. Bei den zivilen Freiheiten und politischen Rechten sind sie signifikant gestiegen. Dennoch gibt es Einschränkungen: Viele Menschenrechtsorganisationen beklagen, dass das gegen Nordkorea gerichtete nationale Sicherheitsgesetz immer wieder zu gravierenden Einschränkungen in der Meinungsfreiheit führt und zur Verhaftung von JournalistInnen oder DissidentInnen missbraucht wird.

Die rasante Entwicklung des Internets seit Mitte der 1990er Jahre wurde wesentlich mit Unterstützung des Staates vorangetrieben. Seit

Anfang 2000 vollzog sich ein schneller Übergang von der Schmalband- zur Breitbandtechnologie (vgl. Tabelle 2). Diese technische Infrastruktur bildete in den vergangenen zehn Jahren die Grundlage für zahlreiche Mobilisierungskampagnen und Massendemonstrationen, die von progressiven zivilgesellschaftlichen Gruppen außerhalb des etablierten politischen Parteienspektrums getragen wurden.

Die frühe Ausbreitung des Internets in den 1990er Jahren fiel in Südkorea mit einer dramatischen Expansion des zivilgesellschaftlichen Sektors zusammen. Nach dem demokratischen Regimewechsel von 1987 suchten zahlreiche neue Gruppen Kontakt zur Öffentlichkeit und stießen dabei auf eine größtenteils von politisch konservativen Medien dominierte Rundfunk-, Fernseh- und Presselandschaft (Kern/Nam 2011). Insbesondere die unabhängige Gewerkschaftsbewegung unter der Führung der Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) spielte bei der Entstehung alternativer öffentlicher Räume im Internet eine Schlüsselrolle. Im Winter 1996 initiierten AktivistInnen im Rahmen eines Generalstreiks die erste große Internetkampagne in Südkorea. Im Jahr 1997 folgte die Gründung eines nichtkommerziellen und unabhängigen Internetproviders (Jinbonet). Dieser bot einer wachsenden Zahl von progressiven zivilgesellschaftlichen Gruppen eine technische Infrastruktur, auf deren Grundlage sie mit geringem Aufwand an die Öffentlichkeit herantreten konnten.

In den folgenden Jahren erreichten die zivilgesellschaftlichen Gruppen in kurzer Zeit ein immer größeres Publikum. Vor allem der sogenannte „Bürgerjournalismus“ entwickelte sich zu einer ernstzunehmenden Herausforderung für die konventionellen Printmedien (Kern/Nam 2009). Diese Wirkung wurde vor allem durch den Sieg der demokratischen Opposition bei den Präsidentschaftswahlen von 1997 und 2002 ermöglicht. Die neue Regierung wurde von den progressiven zivilgesellschaftlichen Gruppen stark unterstützt. Sie förderte massiv den Ausbau des Internets und liberalisierte die bislang restriktive Handhabung der Medien- und Kommunikationsgesetze. Durch bezahlte Bannerwerbung für Regierungskampagnen flossen zudem beträchtliche indirekte Subventionen in die Entwicklung des alternativen Mediensektors.

Ab Mitte der 2000er Jahre veränderte sich die Situation grundlegend. Nach zwei verlorenen Präsidentschaftswahlen reorganisierten sich die konservativ ausgerichteten Kräfte und eroberten den öffentlichen Raum

zurück (Choi 2009). In der Folge wurde das Internet immer häufiger zu einer Arena für teilweise heftige Konflikte zwischen Progressiven und Konservativen. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen verloren die progressiven Kräfte langsam ihre Deutungshoheit über das Internet als Medium der alternativen Öffentlichkeit. Nach dem Sieg der Konservativen bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 hat sich der relative Bedeutungsverlust des Internets weiter beschleunigt: Die konservative Regierung kehrte umgehend wieder zur restriktiven Handhabung der Medien- und Kommunikationsgesetze zurück. Auch die staatliche Kontrolle über die Internetkommunikation wurde massiv ausgebaut. Dies führt dazu, dass Südkorea unter dem Gesichtspunkt der Meinungs- und Pressefreiheit mit einem seit Jahren konstant hohen Wert die Grenze von „frei“ zu nur noch „teilweise frei“ schon bald überschreiten könnte. Zu den wichtigsten Problemfeldern gehören hier die starke Konzentration des Medienmarktes, der große Einfluss von Unternehmensleitungen auf redaktionelle Entscheidungen in den Medien, die starke politische Einflussnahme auf die Besetzung von Positionen in den öffentlichen Medien und die zunehmende Einschränkung der Freiheit im Internet.

3.2 Taiwan

In Taiwan vollzog sich der Übergang zur Demokratie zwischen 1991 und 1997 weitgehend unter der Regie des politischen Zentrums (Merkel 2010: 275f). Pro-demokratische Proteste spielten zwar eine Rolle, im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand jedoch die Gleichstellung von TaiwanInnen und FestlandchinesInnen, die dem herrschenden Regime der chinesischen Nationalpartei *Kuomintang* größtenteils loyal verbunden waren. Die *Kuomintang* unterhielt folglich enge Beziehungen mit vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen (Croissant 2003). Umgekehrt ging es der Oppositionsbewegung weniger darum, das politische System zu stürzen, als um die Beteiligung an der Macht. Die Opposition der Zivilgesellschaft gegen das Regime der *Kuomintang* war somit insgesamt weniger fundamental als in Südkorea. Über stetige Reformen erfolgten der langsame Umbau und die Einbindung der Opposition in das politische Zentrum in den 1990er Jahren. Entscheidender Wendepunkt waren die ersten freien Wahlen von 1991. Es folgten mehrere Verfassungsreformen, bis schließlich im Jahr 2000 die Oppositionspartei die politische Macht errang.

Seit der Demokratisierung haben sich die politischen Verhältnisse in Taiwan teilweise noch günstiger entwickelt als in Südkorea. Dies gilt insbesondere für die zivilen Freiheiten und die Pressefreiheit. Wenn an den institutionellen Rahmenbedingungen überhaupt Kritik geübt wird, richtet sie sich vor allem gegen das Gesetz über Versammlungen und Aufmärsche. Darin ist festgelegt, dass öffentliche Demonstrationen stets von der Polizei genehmigt werden müssen. Im Falle ungenehmigter Demonstrationen wird der Polizei von Menschenrechtsorganisationen zudem immer wieder vorgeworfen, dass ihr Vorgehen unangemessen hart sei.

Obgleich Taiwan mit Blick auf die Pluralität der Medienlandschaft und den Schutz der Pressefreiheit in Ostasien noch immer eine führende Position einnimmt, haben sich die Werte für diesen Indikator seit 2008 deutlich verschlechtert (vgl. Tabelle 2). Die Gründe dafür liegen insbesondere in den Medienunternehmen. Ähnlich wie in Südkorea wird die strikte Trennung zwischen Marketing und Redaktion immer wieder umgangen. Die Polarisierung der Parteienlandschaft hat zudem dazu geführt, dass sich die meisten Medienorgane mit einer Seite des politischen Spektrums identifizieren. Die etablierten Massenmedien in Taiwan sind dabei traditionell eng mit der *Kuomintang* verbunden. Darüber hinaus werden immer wieder populistische Tendenzen zur Meinungsmanipulation kritisiert. Zudem versucht die taiwanesisische Regierung, ähnlich wie in Südkorea, durch politisch motivierte Personalentscheidungen auf die Medienberichterstattung Einfluss zu nehmen, wo immer es ihr möglich ist.

Der massive Ausbau der NKT wurde auch in Taiwan hauptsächlich durch den Staat vorangetrieben. Dennoch ist der Einfluss des Internets auf die Zivilgesellschaft vergleichsweise gering geblieben (Ducke/Tkach-Kawasaki 2004). In den 1990er Jahren wurden die neuen elektronischen Medien zunächst auch in Taiwan von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen für den Aufbau einer alternativen Öffentlichkeit genutzt. Diese Aktivitäten hatten jedoch aus verschiedenen Gründen kaum eine politische Wirkung. Ein Grund ist die vergleichsweise große Bedeutung von Kabelsendern, die bereits vor dem Internet auf breiter Basis eingeführt worden waren: DissidentInnen nutzten das Kabelfernsehen, um teilweise über illegale Kanäle die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Ab 1990 konzentrierten sich die Oppositionspartei *Minjiandang* und ein demokratisches Netzwerk aus 21 Sendestationen darauf, das Funk- und TV-Monopol des Staates zu untergraben (Lee 1999: 135-138).

Aufgrund der gut ausgebauten Infrastruktur erreichten sie damit eine breite Öffentlichkeit. Das Internet war zu diesem Zeitpunkt noch wenig verbreitet und in seiner Leistungsfähigkeit deutlich unterlegen.

Die relativ geringe Bedeutung des Internets zeigt sich auch im schwachen Interesse der taiwanesischen Regierung für diesen neu entstehenden Bereich Anfang der 1990er Jahre: Als das Internet eingeführt wurde, konnten taiwanesischen StudentInnen, noch vor ihren KommilitonInnen in Südkorea, in elektronischen Netzwerken über politische Themen diskutieren (Sullivan/Cheon 2011). Die taiwanesischen Regierung war in dieser Zeit hauptsächlich mit den illegalen Aktivitäten von Kabelstationen im Untergrund befasst (Lee 2003). Erst gegen Ende der 1990er Jahre rückte das Internet auch unter politischen Gesichtspunkten ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, als die Oppositionspartei *Minjiandang* in ihrer Wahlkampagne beispielsweise Onlinediskussionen von PolitikerInnen mit InternetnutzerInnen organisierte. In der folgenden Zeit wurde das Internet, ähnlich wie in Südkorea, zu einem von progressiven und konservativen Kräften umkämpften Terrain. Dennoch blieb sein Einfluss auf den öffentlichen Raum im Vergleich zu Südkorea begrenzt (Huang 2009).

3.3 Philippinen

Ähnlich wie in Südkorea wurde der demokratische Regimewechsel von 1987 auf den Philippinen maßgeblich durch Massenproteste unter der Regie zivilgesellschaftlicher Gruppen eingeleitet. Der zentrale Unterschied liegt jedoch in der bis heute starken Abhängigkeit des politischen Zentrums von der traditionellen Oberschicht, die sich aus wenigen einflussreichen Familien zusammensetzt (Merkel 2010: 283; Loewen 2005). Analoges gilt für die Zivilgesellschaft: Trotz eines enormen Wachstums von Organisationen sind soziale Beziehungen insbesondere in den ländlichen Räumen in hohem Maße von „klientelistischen Netzwerken mit vertikalen Abhängigkeitsverhältnissen“ (Loewen 2005: 18) geprägt. Infolgedessen verlaufen kollektive Mobilisierungsprozesse zumeist entlang ethnischer, regionaler, religiöser und verwandtschaftlicher Bindungen. Die Stabilität der Demokratie ist daher schwach (Bünthe 2010). Die Einführung freier Wahlen hat der traditionellen Elite bislang nicht geschadet; es spricht vielmehr einiges dafür, dass die Legitimität ihrer Herrschaft nur noch weiter gefestigt wurde (Thompson 2002: 70).

Seit dem Jahr 2000 haben sich die politischen Verhältnisse auf den Philippinen deutlich zugespitzt (vgl. Tabelle 1). Das Land wurde immer wieder von Wahlbetrugs- und Korruptionsskandalen, Putschversuchen und Amtsenthebungsverfahren erschüttert. Im Bereich der Kommunikationsfreiheit gibt es zwar kaum Übergriffe vonseiten des Staates, der Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit bleibt jedoch hinter den für Demokratien gängigen Standards deutlich zurück. Hauptproblem ist die Gewalt gegen JournalistInnen. Diese hat mit 29 Toten während eines Massakers allein im November 2009 einen Höchststand erreicht. In vielen Fällen bleiben solche Morde ungeahnt. Der Medienmarkt wird – ähnlich wie der Rest des Landes – zum großen Teil von wenigen mächtigen Familien kontrolliert. Dabei steht immer wieder die Kritik im Raum, dass sie sich für die Einhaltung journalistischer Standards nicht interessieren. BeobachterInnen bescheinigen der Berichterstattung folglich eine starke Tendenz zum Sensationsjournalismus.

Die Infrastruktur für die NKT ist vergleichsweise spärlich ausgebaut (vgl. Tabelle 2). Der Staat hat sich auf diesem Gebiet kaum engagiert, die Initiative lag überwiegend bei privaten Unternehmen. Angesichts der geringen Zahl telefonischer Festnetzanschlüsse waren auch die Entwicklungsmöglichkeiten für das Internet begrenzt. Die wesentlichen Impulse zum Strukturwandel öffentlicher Kommunikation gingen stattdessen hauptsächlich vom Mobiltelefon aus. Das erste politische Ereignis in diesem Kontext war die sogenannte „People Power II“-Bewegung im Jahr 2001 (Rafael 2006; Santos 2003). In diesem Zusammenhang spielte die Mobilisierung der DemonstrantInnen durch *Short Message Services* (SMS) per Mobiltelefon eine Schlüsselrolle (Yujuico 2010). Im Unterschied zur anonymen Kommunikation im Internet vollzog sich die Weiterleitung von SMS durch das Mobiltelefon größtenteils über persönliche Beziehungsnetzwerke. Im Zentrum stand der Sturz von Präsident Joseph Estrada (Sandoval 2001). Der Mobilisierungsprozess wurde dabei größtenteils von StudentInnen, Angestellten und BeamtenInnen in den Städten getragen, weniger hingegen von den ländlichen Unterschichten.

Die Protestwelle begann im November 2000 mit der Gründung der zivilgesellschaftlichen Dachorganisation KOMPIL2. Ihr Ziel lautete: „Resign, Impeach, Oust“. Die Aktivitäten dieser Bewegung – unterstützt von einer breiten Koalition prominenter VertreterInnen aus den Bereichen Politik, Kirche, Justiz und Militär – führten schließlich zum Amtsenthe-

bungsverfahren gegen den korruptionsverdächtigten Präsidenten Estrada. In den nachfolgenden Jahren hat sich eine vergleichbar erfolgreiche Bewegung jedoch nicht mehr formiert. Als Estradas Nachfolgerin Präsidentin Gloria Arroyo wegen eines Wahlbetrugs im Jahr 2004 in der Öffentlichkeit stark kritisiert wurde (Hofileña 2005), lief der Mobilisierungsprozess zunächst ähnlich ab wie bei Estrada: SMS-Nachrichten mit Aufrufen zum Protest wurden versendet, und es kam zu Massenprotesten, bis ein Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin im Parlament eingeleitet wurde, das jedoch aus Mangel an Unterstützung der bestehenden Eliten scheiterte. Der Wechsel im Präsidentenamt blieb folglich aus.

Die philippinische Zivilgesellschaft, die bei vielen politischen Ereignissen in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt hat, sieht sich nach einer Blütezeit in den 1990er Jahren eingezwängt zwischen paramilitärischen Gruppen und einem zunehmend autoritären Staat. Die Zivilbevölkerung ist dabei oft von beiden Seiten der Gewalt ausgesetzt. Im Zuge der Aufstandsbekämpfung durch das Militär in den ländlichen Regionen geraten regimekritische DissidentInnen zudem immer häufiger als Mitglieder angeblicher „front organizations of communists“ und „enemies of the state“ ins Visier der Behörden. Die eskalierende Gewalt macht es zivilgesellschaftlichen Gruppen zunehmend schwer, sich in der Öffentlichkeit noch Gehör zu verschaffen und für ihre Anliegen in der Bevölkerung Unterstützung zu mobilisieren. Eine demokratisierende Wirkung können die NKT vor diesem Hintergrund kaum noch entfalten.

3.4 Thailand

Im Unterschied zu den Philippinen ist das Problem zivilgesellschaftlichen Handelns in Thailand nicht die Schwäche, sondern umgekehrt die Stärke des politischen Zentrums. In den vergangenen Jahrzehnten war die trotz aller sozialen Unruhen stabile konstitutionelle Monarchie ein tragendes Element der politischen Ordnung in Thailand. Nach beinahe sechzigjähriger Herrschaft – mit Unterbrechungen – durch ein gemäßigt „bürokratisch-militärisches Regime“ (Merkel 2010: 267) kam es Anfang der 1990er Jahre zu Massenprotesten in Bangkok, die schließlich zu einer demokratischen Neuorganisation des Regimes unter der Leitung des Königs führten. Die autoritäre Herrschaft des Militärs und der Bürokratie hatte die Entwicklung einer unabhängigen Zivilgesellschaft bis dahin nur

in Ansätzen zugelassen. Darüber hinaus ist die Zivilgesellschaft – ähnlich wie auf den Philippinen – von „Patron-Klient-Strukturen“ (Croissant 2003: 249, 2008) durchsetzt, die einer demokratischen Entwicklung nicht förderlich sind. Aus diesem Grund verlaufen die Mobilisierungsprozesse auch in Thailand größtenteils entlang traditioneller, ethnischer, religiöser und familiärer Loyalitätsstrukturen.

Nach einer insgesamt erfolgreichen demokratischen Konsolidierung in den 1990er Jahren, deuteten im Jahr 2000 noch alle Indikatoren für Thailand auf eine friedliche und stabile pro-demokratische Entwicklung hin (vgl. Tabelle 1). In den nachfolgenden Jahren verschlechterten sich jedoch fast alle Werte spürbar. Der Regierungsantritt des Medienunternehmers Thaksin Shinawatra im Jahr 2001 markierte dabei einen Wendepunkt: In den folgenden Jahren erlebte das Land eine zunehmende Polarisierung zwischen der ländlichen und städtischen Bevölkerung. Die Zivilgesellschaft verfügt dabei bis heute kaum über eine unabhängige Organisationsbasis. Ihre Beziehung zum Staat und zum Militär ist größtenteils durch Unterordnung charakterisiert (Albritton/Bureekul 2002).

2006 wurde Premierminister Thaksin nach monatelangen Massenprotesten in mehreren großen Städten aufgrund von Korruptionsvorwürfen durch einen Militärputsch entmachtet und musste das Land verlassen (Bünthe 2010). Seitdem geht ein tiefer Riss durch die Zivilgesellschaft: Die sogenannten „Rothemden“ (United Front for Democracy Against Dictatorship) wurden bislang von der armen Landbevölkerung unterstützt, während die sogenannten „Gelbhemden“ (People’s Alliance for Democracy) die alte Elite aus Militär, RoyalistInnen, BeamtenInnen, Geschäftsleuten und städtischen Mittelschichten repräsentiert. 2007 wurde per Volksabstimmung – mit einer Zustimmung von nur 57 Prozent – eine neue Verfassung eingeführt. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu heftigen, teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Rot- und Gelbhemden. Unter diesen Bedingungen steht die Legitimität und Unabhängigkeit der politischen Institutionen auf einem brüchigen Fundament.

Die NKT spielten im Verlauf dieser Konflikte eine eher eingeschränkte Rolle (Rananand 2003). Die Medienlandschaft in Thailand wird seit Jahren durch die großen Fernseh- und Radiosender dominiert, die als „truly national media“ fungieren (McCargo 2000). Bis zum Militärputsch von 2006 unterstanden sie weitgehend der Kontrolle der Thaksin-

Regierung. Journalisten und Intellektuelle wurden für regierungskritische Äußerungen regelmäßig angeklagt und finanziell unter Druck gesetzt. Die Verbreitung der NKT konzentrierte sich in dieser Zeit hauptsächlich auf die urbanen Räume, wo sie immer häufiger als Plattform für regierungskritische Äußerungen dienten. Eine wichtige Rolle spielten dabei alternative Webseiten wie *Midnightuniv* und Internet-Zeitungen wie *Prachatai*. Trotz dieser neuen technischen Möglichkeiten blieb die Wirkung der alternativen Medien jedoch begrenzt, weil nur Teile der städtischen Bevölkerung Zugang zu den NKT hatten. In den ländlichen Regionen organisierten sich soziale Bewegungen zumeist über traditionelle Massenmedien wie etwa die *community radios* (Siriyuvasak 2007).

Während DissidentInnen unter Thaksin vor allem durch Verleumdungsklagen eingeschüchtert wurden, setzte die Übergangsregierung nach dem Putsch auf neue Mediengesetze wie etwa den *Cyber Crime Act* aus dem Jahr 2007. Nachdem die Zahl der InternetbenutzerInnen seit dem Putsch trotzdem erheblich zugenommen hat (Siriluk 2011), griff Thaksin im Asyl zunehmend auf Internetvideos zurück, um seine AnhängerInnen zu mobilisieren. Angesichts der mangelnden Verbreitung dieser Technologie auf dem Land ist zum jetzigen Zeitpunkt aber nur schwer einzuschätzen, welche Rolle die NKT in diesem Zusammenhang tatsächlich gespielt haben. Im Jahr 2008 wurde die Meinungs- und Versammlungsfreiheit nach Massendemonstrationen in Bangkok durch Notverordnungen stark eingeschränkt. Im Frühjahr 2009 wurden alle Radiostationen geschlossen, die die Oppositionspartei unterstützten. Das Internet wurde massiver staatlicher Zensur unterworfen: 2009 wurden zehntausende Internetseiten über das Jahr hinweg blockiert; zahlreiche Personen wurden festgenommen, weil sie angeblich die königliche Familie verleumdet hatten (Roughneen 2011). Es ist daher keine Überraschung, dass sich die Situation in Thailand unter dem Gesichtspunkt der Meinungs- und Pressefreiheit signifikant verschlechtert hat.

4. Fazit

Die NKT haben sich in Ostasien sehr unterschiedlich ausgebreitet und dabei beträchtlich abweichende Wirkungen erzielt. Wie im Vorangehenden jedoch deutlich wurde, spielen die bestehenden sozialen Kräfteverhältnisse

und die rechtlichen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle. Insbesondere das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist dabei von Bedeutung. Solange der Staat keine Kommunikationsfreiheit gewährleistet und die Menschenrechte nicht schützt, sind durch die NKT bestenfalls spontane Mobilisierungen möglich. Dies zeigt sich am Besten im philippinischen Fall. Die aktuellen arabischen Revolutionen deuten ebenfalls in diese Richtung. Von einer Neustrukturierung öffentlicher Räume kann dabei aber nicht die Rede sein. Die Mobilisierung verläuft zumeist entlang gewohnter ethnischer, religiöser, regionaler und familiärer Bahnen. Sobald die Kommunikationsfreiheit gewährleistet wird, kann insbesondere das Internet zu einer Plattform für öffentliche Diskurse werden. Wie der taiwanische Fall jedoch zeigt, spielt die Struktur der Medienlandschaft hier eine entscheidende Rolle: Haben sich bereits bewährte Kommunikationskanäle gebildet, scheint der Einfluss des Internets geringer zu sein.

Nur im südkoreanischen Fall erfolgte die Ausbreitung der neuen Technologie gleichzeitig mit der Expansion der Zivilgesellschaft. Für diese Entwicklung waren hauptsächlich drei Faktoren entscheidend: Erstens der schnelle Ausbau der technischen Infrastruktur für Breitbandnetzwerke in den späten 1990er Jahren. Die Regierung erhoffte sich dadurch zum einen ökonomische Chancen, zum anderen wurden die beträchtlichen Investitionen aber auch mit dem demokratischen Potenzial des Internets legitimiert. In diesem Zusammenhang spielte zweitens der friedliche Regierungswechsel zur demokratischen Opposition 1998 eine Schlüsselrolle. Sie erweiterte nicht nur die technischen Zugangsmöglichkeiten zum Internet, sondern verbesserte auch die rechtlichen Rahmenbedingungen durch eine weniger repressive Handhabung der Medien- und Kommunikationsgesetze. Die hohe Konzentration und konservative Abschottung des Medienmarktes bei geringer Meinungsvielfalt drängte progressive zivilgesellschaftliche Akteure schließlich drittens in alternative öffentliche Räume ab. Unter diesen Bedingungen konnte sich das Internet zu einem zentralen Element der südkoreanischen Öffentlichkeit entwickeln. Mit dem zunehmenden Einfluss konservativer zivilgesellschaftlicher Gruppen und schließlich der Wahlniederlage der progressiven Regierung 2007 verlor das Internet als politisches Protestmedium jedoch an Bedeutung.

In Taiwan hatten zivilgesellschaftliche Gruppen die gut ausgebaute Kabeltechnologie bereits für Diskurse und Mobilisierungsprozesse

entdeckt, als sich das Internet Anfang der 1990er Jahre langsam ausbreitete. Darüber hinaus war der Medienmarkt deutlich weniger abgeschottet. Das Verhältnis zwischen dem politischen Zentrum und der zivilgesellschaftlichen Peripherie war zudem weniger stark von Konfrontationen und Konflikten geprägt. Unter diesen Bedingungen schlug die taiwanesishe Zivilgesellschaft einen anderen technischen Entwicklungspfad ein als ihr südkoreanisches Pendant. In der Folge haben die NKT im demokratischen Prozess eine deutlich geringere Rolle gespielt.

Ähnlich wie Südkorea und Taiwan zeichnen sich die Philippinen und Thailand auf den ersten Blick ebenfalls durch zahlreiche Ähnlichkeiten aus. Die politischen Parteien in beiden Ländern verfügen weder über gut ausgebaute Parteiapparate noch über eine breite Mitgliederbasis. Bei den Wahlen werden zumeist regionale, ethnische, religiöse oder familiäre Netzwerke für bestimmte Parteien mobilisiert (Bünthe 2010). Insgesamt hat das Militär eine starke Machtposition und es besteht in einigen Bereichen keine zivile Kontrolle (Croissant/Kühn 2009). Die Konsolidierung der Demokratie wurde immer wieder durch Massendemonstrationen und militärische Interventionen unterbrochen. Das Hauptproblem für die demokratische Entwicklung ist folglich die unkontrollierte Gewalt.

Unter diesen Bedingungen haben die NKT nur einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Entstehung neuer öffentlicher Räume geleistet. Dies liegt zum einen an der geringen Verbreitung des Internets. Das konventionelle Mobiltelefon eignet sich zunächst für die Verbreitung von Informationen etwa über SMS, wenn eine relativ homogene Gruppe oder Schicht die Möglichkeit für sich nutzt – wie es etwa auf den Philippinen der Fall war. Die Möglichkeiten der Verbreitung von Informationen durch SMS sind jedoch technisch sehr begrenzt. Erst mit der zunehmenden Verschmelzung von Internet und Mobiltelefonie dürfte dieses Defizit auf Dauer verschwinden. Bislang spricht jedoch vieles dafür, dass Mobilisierungsprozesse über das Internet in Thailand und auf den Philippinen auf relativ kleine (und zumeist privilegierte) Bevölkerungskreise begrenzt bleiben und selten über die konventionellen sozialen Bindungen der AkteurInnen hinausreichen. Mit anderen Worten, sie verlaufen zumeist entlang eingespielter *Offline*-Netzwerke und können angesichts staatlicher Repressionen oder anderer Hemmnisse die technischen Möglichkeiten des Mediums kaum ausnutzen.

Wie die vorangehende Studie gezeigt hat, ist der Einfluss der NKT auf die Struktur öffentlicher Räume von komplexen Bedingungskonstellationen – staatlichen Rahmenbedingungen, technischen Infrastrukturen und zivilgesellschaftlichen Organisationsmöglichkeiten – abhängig, die sich in ihrer Singularität nur begrenzt miteinander vergleichen lassen. Am Beispiel der vier ausgewählten Länder konnten dennoch wichtige Faktoren herausgearbeitet werden – etwa im Hinblick auf die Rolle des Staates, alternativer Technologien und zivilgesellschaftlicher Konstellationen –, die für die Wirkung der NKT von maßgeblicher Bedeutung sind. Die Herausforderung für die weitere Forschung wird darin bestehen, die Generalisierbarkeit dieser Ergebnisse in weiteren Vergleichsstudien einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Literatur

- Albritton, Robert B./Bureekul, Thawilwadee (2002): *Civil Society and the Consolidation of Democracy in Thailand*. Working Paper Series No. 4. Taipei: Asian Barometer – A Comparative Survey of Democracy, Governance and Development.
- Alexander, Jeffrey C. (2006): *The Civil Sphere*. Oxford: Oxford University Press.
- Best, Michael L./Wade, Keegan W. (2005): *The Internet and Democracy: Global Catalyst or Democratic Dud?* Research Publication No. 2005. Cambridge: The Berkman Center for Internet & Society at Harvard Law School.
- Best, Michael L./Wade, Keegan W. (2007): *Democratic and Anti-Democratic Regulators of the Internet: A Framework*. In: *Information Society* 23 (5), 405-411.
- Best, Michael L./Wade, Keegan W. (2009): *The Internet and Democracy*. In: *Bulletin of Science, Technology & Society* 29 (4), 255-271.
- Bünthe, Marco (2010): *Demokratie in Südostasien auf dem Rückzug?* In: *ASIEN* 116, 41-63.
- Chang, Eric C. C./Chu, Yun-han (2006): *Corruption and Trust: Exceptionalism in Asian Democracies?* In: *The Journal of Politics* 68 (2), 259-271.
- Choi, Jang Jip (2009): *The Fragility of Liberalism and its Political Consequences in Democratized Korea*. In: *The Journal of Asiatic Studies* 52 (3), 252-272.
- Croissant, Aurel (2003): *Demokratie und Zivilgesellschaft in Ostasien*. In: *Nord-Süd aktuell* 2, 239-260.
- Croissant, Aurel (2008): *Soziale Gruppen, politische Kräfte und die Demokratie. Eine strukturorientierte Analyse der demokratischen Transformation in Thailand*. In: *Südostasien aktuell* 2, 3-41.

- Croissant, Aurel/Kühn, David (2009): Patterns of Civilian Control of the Military in East Asia's New Democracies. In: *Journal of East Asian Studies* 9 (2), 187-217.
- DataGov (o.J.): Governance indicators database. <http://www.iadb.org/datagob>, 23.06.2011.
- Ducke, Isa/Tkach-Kawasaki, Leslie M. (2004): Discussions and Conclusions. In: Ducke, Isa (Hg.): *E-Democracy in East Asia? How the Internet Affects Politics and Civil Society in Japan, South Korea, and Taiwan*. Berlin, Tokyo: Deutsches Institut für Japanstudien, 98-106.
- Groshek, Jacob (2009): The Democratic Effects of the Internet, 1994–2003. A Cross-National Inquiry of 152 Countries. In: *International Communication Gazette* 71 (3), 115-136.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hofileña, Clay F. (2005): Journalism Values in the Philippine Media. In: *Asia Pacific Media Educator* 16 (7), 49-54.
- Huang, Ching-Lung (2009): The Changing Roles of the Media in Taiwan's Democratization Process. CNAPS Visiting Fellow Working Paper. Washington, DC: The Brookings Institution, Center for Northeast Asian Policy Studies.
- ITU (o.J.): ICT Data and Statistics. <http://www.itu.int/ITU-D/ict/statistics>, 26.6.2011.
- Kern, Thomas (2005): *Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel*. Frankfurt am Main: Campus.
- Kern, Thomas/Nam, Sang-Hui (2009): The Making of a Social Movement: Citizen Journalism in South Korea. In: *Current Sociology* 57 (6), 637-660.
- Kern, Thomas/Nam, Sang-Hui (2011): The Transformation of the Democratic Media Movement. In: Shin, Gi-Wook/Chang, Paul (Hg.): *From Democracy to Civil Society*. London: Routledge, 173-189.
- Lee, Chin-Chuan (1999): State Control, Technology, and Cultural Concerns: The Politics of Cable Television in Taiwan. In: *Studies of Broadcasting* 34, 127-151.
- Lee, Chin-Chuan (2003): Liberalization Without Full Democracy. In: Couldry, Nick/Curran, James (Hg.): *Liberalization without Full Democratization: Guerilla Media and Social Movements in Taiwan*. New York: Roman and Littlefield, 163-175.
- Lessig, Lawrence (1999): *Code and Other Laws of Cyberspace*. New York: Basic Books.
- Loewen, Howard (2005): Zivilgesellschaft und Demokratie auf den Philippinen. In: *Südostasien aktuell* 2, 15-25.
- Luhmann, Niklas (1974): *Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie*. Berlin: Duncker & Humblot.
- McCargo, Duncan (2000): *Politics and the Press in Thailand: Media Machinations*. London: Routledge.

- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation: eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Morozov, Evgeny (2011): *The Net Delusion: How to Not Liberate the World*. London: Penguin.
- Putnam, Robert D. (1994): *What Makes Democracy Work?* In: *IPA Review* 47, 31-34.
- Rafael, Vicente L. (2006): *The Cell Phone and the Crowd. Messianic Politics in the Contemporary Philippines*. In: Chun, Wendy Hui Kyong/Keenan, Thomas (Hg.): *New Media, Old Media: a History and Theory Reader*. New York: Routledge, 297-313.
- Rananand, Pirongrong R. (2003): *Internet and Democracy in Thailand*. In: Banerjee, Indrajit (Hg.): *Rhetoric and Reality: The Internet Challenge for Democracy in Asia*. Singapore: Times Media Academic Publishing, 259-287.
- Roughneen, Simon (2011): *Freedom of Expression on Trial in Thailand*. International Relations and Security Network. <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/ISN-Insights/Detail?lng=en&id=127540&contextid734=127540&contextid735=127102&tabid=127102>, 20.9.2011.
- Sandoval, Raymond V. (2001): *The Removal of President Estrada through People Power: A Threat to Constitutional Democracy*. In: *Philippine Law Journal* 76, 31-55.
- Santos, Vergel (2003): *The Internet and Philippine Democracy: a Frail Connection*. In: Banerjee, Indrajit (Hg.): *Rhetoric and Reality: The Internet Challenge for Democracy in Asia*. Singapore: Times Media Academic Publishing, 235-258.
- Siriyuvasak, Ubonrat (2007): *New Media for Civil Society and Political Censorship in Thailand*. In: *Asia Rights Journal* 8, 1-12.
- Siriluk, Sriprasit (2011): *The Role of Alternative Online Environmental Media in Thailand for Sustainable Development in the Greater Mekong Sub-Region*. <http://www.scribd.com/doc/56219250/3/Internet-Usage-Situation-in-Thailand-after-Coup-2006>, 20.9.2011.
- Sullivan, Jonathan/Cheon, Sehun (2011): *Reconnecting Representatives in Two East Asian Democracies*. In: *East Asia* 28 (1), 21-36.
- Tapia, Andrea H./Ortiz, Julio A. (2010): *Network Hopes*. In: *Social Science Computer Review* 28 (1), 93-117.
- Thompson, Mark (2002): *Die philippinische Demokratie zwischen Populismus und Reform*. In: *ASIEN* 82 (1): 61-78.
- Yujuico, Emmanuel (2010): *Digital Democracy and Voter Mobilisation in the Philippines*. http://www2.lse.ac.uk/IDEAS/publications/reports/pdf/SR005/Phil_Yujuico.pdf, 30.06.2011.

Abstracts

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Wirkung neuer Kommunikationstechnologien (NKT) auf die Struktur öffentlicher Räume und den Verlauf zivilgesellschaftlicher Mobilisierungsprozesse. Diese Fragestellung wird am Fallbeispiel von vier ostasiatischen Ländern untersucht: Südkorea, Taiwan, den Philippinen und Thailand. Die Studie zeigt, dass der Einfluss der NKT auf die Struktur öffentlicher Räume von komplexen institutionellen und technischen Bedingungskonstellationen abhängig ist. Von wesentlicher Bedeutung für die Wirkung der NKT sind dabei insbesondere der Staat, das Vorhandensein alternativer Technologien sowie zivilgesellschaftliche Konstellationen.

This study examines the effect of new communication technologies (NCT) on the structure of public space and the dynamics of civic mobilization in the cases of four East Asian countries: South Korea, Taiwan, The Philippines, and Thailand. The study shows that the specific effects of NCT on the structure of public space depend on complex institutional and technical conditions. This public space is particularly shaped by the state, technological alternatives and the organizational constellations of civil society.

Thomas Kern, Sang-Hui Nam
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Max-Weber-Institut für Soziologie
Bergheimer Straße 58
D-69115 Heidelberg
thomas.kern@soziologie.uni-heidelberg.de
sang-hui.nam@soziologie.uni-heidelberg.de